



# Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

22. Februar 2021

## Ägypten

### **Verwandte von bekannten Menschenrechtsaktivisten kurzzeitig verhaftet**

Die ägyptischen Sicherheitsbehörden haben am 13./14.02.21 mehrere Wohnungen von Verwandten des in den USA lebenden amerikanisch-ägyptischen Menschenrechtsaktivisten Mohamed Soltan durchsucht und dabei drei seiner Cousins für kurze Zeit verhaftet und einer Befragung unterzogen. Soltan, der sich mit seiner Organisation Freedom Initiative für Menschenrechte einsetzt und zwei Jahre (2013-2015) in einem ägyptischen Gefängnis inhaftiert war, hatte im Juni 2020 bei einem US-Gericht Klage gegen den ehemaligen ägyptischen Premierminister, Hazem el-Beblawi, wegen Folter während seiner Inhaftierung eingereicht. Kurz nach Anklageerhebung im Juni 2020 waren mehrere Wohnungen seiner Familie in Ägypten durchsucht und Familienmitglieder kurzzeitig festgenommen worden. Auch der Aufenthaltsort von Soltans Vater, der eine lebenslange Haftstrafe aufgrund seiner Mitgliedschaft in der Muslimbruderschaft verbüßt, ist derzeit unklar.

In der Vergangenheit waren bereits mehrfach Familienangehörige von sich im Ausland befindlichen Kritikern und Kritikerinnen Einschüchterungsversuchen durch die ägyptischen Sicherheitsbehörden ausgesetzt gewesen.

## Afghanistan

### **Ernährungslage**

Die UN gehen davon aus, dass sich gegenwärtig 16,9 Mio. Menschen (von geschätzten 27 bis 32 Millionen) in einer Ernährungssituation befinden, die gemäß der fünfstufigen Integrated Food Security Phase Classification (IPC) - Skala als Stufe Drei (Crisis) gilt, 5,5 Millionen davon in Stufe Vier (Emergency). Die IPC reicht von „Minimal“ über „Stressed“, „Crisis“ und „Emergency“ bis „Famine“. Das Famine Early Warning Systems Network (FEWS.net) sieht im Januar den größten Teil Afghanistans in Stufe Zwei (in Stufe Drei befinden sich die zentralen Provinzen Ghor, Daikundi und Uruzgan sowie kleine Teile anderer Provinzen). In der Vorhersage Februar bis Mai 2021 werden weitere Teile (insbesondere im Nordosten) in Stufe Drei erwartet. Beide Quellen gehen davon aus, dass mit dem Wetterphänomen El Niño zusammenhängende geringere Niederschläge und höhere Temperaturen zu Ernteausfällen führen werden. Hinzu kommt, dass sich auch im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie seit März 2020 viele Lebensmittelpreise deutlich erhöht haben, bei gleichzeitig sinkender Kaufkraft der Gelegenheitsarbeiter und Viehhalter. Viele Haushalte haben Kredite aufgenommen um Nahrungsmittel kaufen zu können. Dieo.g. und andere Quellen gehen davon aus, dass die Ernährungssituation ohne laufende und gegenwärtige Hilfsleistungen eine oder zwei Stufen schlechter sein würde.

### **Anschläge, Kampfhandlungen, zivile Opfer**

Nach Angaben des Nachrichtensenders ToloNews wurden seit Anfang Februar durch Magnetbomben, Sprengfallen oder bei gezielten Anschlägen bis zu 340 Menschen getötet oder verletzt. Nach Recherchen der New York Times wurden im Februar (Stand: 18.02.21) 209 auf Regierungsseite stehende Kräfte und 51 Zivilisten getötet.

Am 13.02.21 gingen in der Provinz Herat (nahe Islam Qala, dem Grenzübergang nach Iran) mindestens hundert Öl- und Gastanklaster in Flammen auf. Als Ursache der Explosion werden Schüsse vermutet. Mindestens 50 Menschen wurden verletzt. Schätzungen des Schadens liegen zwischen 50 und 100 Millionen US-Dollar. Auch LKWs mit anderer Ladung wurden entweder zerstört oder geplündert. Das Empfangszentrum für Rückkehrer der International Organization for Migration (IOM) wurde beschädigt und stellte die Arbeit vorübergehend ein. Rückkehrer aus Iran werden nun zu dem 1.000 km südwestlich gelegenen Grenzübergang Milak in der Provinz Nimroz umgeleitet.

Am 16.02.21 erschossen Unbekannte in Kabul (Polizeidistrikt (PD) 13) einen Geheimdienstmitarbeiter und in Jalalabad (Nangarhar) einen Arzt und zwei Polizisten.

Am 17.02.21 wurden in Kabul (in Bagrami) ein Polizist und zwei Zivilisten von Unbekannten erschossen.

Am 18.02.21 ereigneten sich in Kabul zwei Bombenanschläge. Der eine traf ein Polizeifahrzeug, wobei niemand verletzt wurde. Beim zweiten Anschlag wurden zwei Personen getötet, darunter ein Universitätsdozent.

Am 20.02.21 ereigneten sich in Kabul drei Anschläge, bei denen mindestens fünf Menschen getötet und zwei verletzt wurden.

Am 21.02.21 starben bei einem Anschlag auf ein Polizeifahrzeug in Kabul (in PD 4) drei Mitarbeiter des Innenministeriums und ein Kind. Sechs weitere Personen, darunter drei Kinder und zwei Frauen wurden verletzt. Bei einem weiteren Angriff im PD 5 wurde ein Polizeioffizier angegriffen, der den Anschlag überlebte, jedoch wurde ein Zivilist verletzt.

Außer in Kabul ereigneten sich auch in anderen Provinzen Anschläge. So etwa im südlichen Helmand, wo am 21.02.21 bei einem Autobombenanschlag in der Hauptstadt Lashkargah ein Mensch getötet und 14 verletzt wurden. Für keinen der aufgeführten Anschläge übernahm eine Gruppe die Verantwortung.

## **Algerien**

### **Massenansammlungen vor dem zweiten Jahrestag des Hirak – landesweite Demonstrationen erwartet**

In Kherrata, einer Stadt im Osten des Landes, versammelten sich am 16.02.21 Tausende Demonstrierende. Kherrata gilt als Geburtsstätte der Hirak-Bewegung, die für den Rücktritt des vormaligen Präsidenten Bouteflika verantwortlich zeichnet. Zahlreiche Oppositionelle waren unter den Teilnehmenden. Dabei wurde der Wille, die Bewegung in eine organisierte Alternative zu den Autoritäten zu formen, kundgetan. Es wird am heutigen Jahrestag (22.02.21) erwartet, dass erneut Tausende auf die Straße gehen und ihren Forderungen Ausdruck verleihen

### **Parlamentsauflösung und Neuwahlen**

Der algerische Präsident Abdelmajid Tebboune strebt eine Regierungsumbildung an. Er unterzeichnete am 21.02.21 ein Präsidialdekret zur Auflösung der Nationalversammlung für vorgezogene, aber noch nicht datierte Neuwahlen, obwohl das Mandat bis 2022 erteilt wurde. Ebenso begnadigte er mindestens 35 Inhaftierte, die im Zusammenhang mit den Hirak-Demonstrationen verhaftet worden waren.

## **Angola**

### **Neues Strafgesetz in Kraft**

90 Tage nach Veröffentlichung im Gesetzblatt traten am 11.02.2021 das neue angolische Strafgesetzbuch (Código Penal Angolano) sowie die neue Strafprozessordnung (Código do Processo Penal Angolano) in Kraft. Ab diesem Tag begangene Straftaten werden entsprechend den neuen Gesetzen behandelt. Das Land ersetzt damit Vorgängergesetze, die ihren Ursprung in der Kolonialzeit hatten. Das neue Strafgesetzbuch, welches keine Bestimmung zur Strafbarkeit „widernatürlicher Laster“ mehr enthält und damit gleichgeschlechtliche Beziehungen entkriminalisiert, war ursprünglich bereits am 23.01.19 von der Nationalversammlung verabschiedet worden (vgl. BN v. 28.01.19). Staatspräsident João Lourenço hatte danach Medienberichten zufolge noch Änderungen erwirkt, insbesondere Verschärfungen im Hinblick auf Straftaten in Ausübung öffentlicher Funktionen. Im November 2020 verabschiedete die Nationalversammlung die geänderte Fassung.

### **Aufklärung nach Protesten mit mehreren Toten gefordert**

Nach den Protesten in Cafunfo (Provinz Lunda-Norte) am 30.01.21 mit mehreren Toten (vgl. BN v. 14.02.21) fordern die EU und die Vereinten Nationen (UN) Medienberichten zufolge Aufklärung. Offiziellen Angaben zufolge hatten 300 Anhänger der Autonomiebewegung Movimento do Protectorado Português da Lunda Tchokwe (MPPLT) versucht, in eine Polizeistation einzudringen, wobei es dann zu den tödlichen Schüssen kam. Vonseiten zivilgesellschaftlicher Gruppen und Oppositionsparteien wird der Vorwurf erhoben, wahllos auf Bürger geschossen zu haben. Auch in den Folgetagen hätte die Polizei mutmaßliche MPPLT-Anhänger und Aktivisten verfolgt, dabei Verhaftungen und Erschießungen vorgenommen. Insgesamt habe es mindestens 28 Tote gegeben. Anhänger der MPPLT machen insbesondere den Gouverneur von Lunda-Norte, Ernesto Muangala, für den Gewalteininsatz verantwortlich. Die Regierung sprach von „stärkeren Sicherheitsmaßnahmen in der Gegend von Cafunfo“, um eine weitere Eskalation zu verhindern. Indes wurde am 09.02.21 MPPLT-Vorsitzende José Mateus Zecamutchima verhaftet. Seine Anwälte klagten am 17.02.21, dass sie seitdem keinen Kontakt zu ihrem Mandanten haben könnten und von seinem Verbleib nichts wüssten.

Cafunfo liegt in einer Region mit Diamantenvorkommen. Diamanten stellen eines der wichtigsten Exportgüter Angolas dar. Die lokale Bevölkerung würde einem Medienbericht zufolge nicht von dem Abbau profitieren.

## **Armenien**

### **Demonstrierende fordern Rücktritt von Ministerpräsident Paschinjan**

Tausende Demonstrierende haben sich in der armenischen Hauptstadt Jerewan versammelt, um den Rücktritt von Ministerpräsident Nikol Paschinjan zu fordern. Sie demonstrierten am 20.02.21 auf dem Platz der Freiheit im Zentrum von Jerewan unter starken Sicherheitsvorkehrungen der Polizei und bezeichneten Paschinjan als Verräter und Verantwortlichen für den verlorenen Krieg um Berg-Karabach im Herbst 2020 gegenüber Aserbaidschan. Paschinjan hat Aufrufe zum freiwilligen Rücktritt bislang strikt abgelehnt, aber die Möglichkeit vorgezogener Parlamentswahlen in Aussicht gestellt.

## **Bosnien und Herzegowina**

### **EU fordert für Flüchtlingsversorgung gleiche Lastenverteilung in allen Landesteilen**

EU-Innenkommissarin Ylva Johansson hat anlässlich ihres Besuchs im nordbosnischen Migrantenlager Lipa bei einem Treffen mit bosnischen Regierungsmitgliedern am 19.02.21 in Sarajewo betont, alle Landesteile Bosniens sollten für die Versorgung der Flüchtlinge gleichermaßen Verantwortung übernehmen. Laut aktuellen Medienberichten würden sich alle sechs bosnischen Aufnahmezentren für Migranten in der mehrheitlich bosniakisch-kroatischen Entität, der „Föderation Bosnien und Herzegowina“, keines jedoch in der mehrheitlich serbischen Entität, der „Republika Srpska“, befinden. Letztere habe sich bisher geweigert, ein solches Flüchtlingslager einzurichten. Johansson räumte ein, dass die Situation in Lipa sich verbessert habe, wies aber auf Versäumnisse bosnischer Behörden in der Vergangenheit hin. Bei dem Treffen mit Zoran Tegeltija, dem Vorsitzenden der bosnischen Staatsregierung, habe dieser seinerseits betont, die Lasten, die Bosnien und Herzegowina bei der Bewältigung der Migrationskrise in Europa zu tragen habe, seien zu groß. Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch (HRW) hatten bereits im Januar auf die zum Teil nicht winterfesten Flüchtlingsunterkünfte an der bosnisch-kroatischen Grenze hingewiesen (vgl. BN v. 18.01.21).

## **Burkina Faso**

### **Tote bei Anschlag**

Unbekannte töteten am 18.02.21 neun Menschen, die zwischen den Städten Markoye und Tokabangou in einem Bus zu einem Markt in dem Dorf Dolbel im benachbarten Niger unterwegs waren. Mehrere Personen wurden verletzt.

## China

### **Hongkong: Neue Vorwürfe gegen Jimmy Lai; Chan Tsz-wah verhaftet**

Im Prozess gegen den Medienunternehmer Jimmy Lai stehen neue Vorwürfe im Raum: Im August 2020 soll er Andy Li bei dem Versuch geholfen haben, gemeinsam mit elf weiteren Demokratieaktivisten mit einem Schnellboot nach Taiwan zu fliehen (vgl. BN v. 31.08.20). Vor diesem Hintergrund wurde Lai, der sich bereits in Untersuchungshaft befand, am 16.02.21 erneut verhaftet. Er muss sich nun zusätzlich wegen Verschwörung zur Unterstützung eines Straftäters verantworten. Seinem Einspruch gegen das Urteil des Court of Final Appeal vom 09.02.21 gab High Court-Richterin Anthea Pang Po-kam am 18.02.21 nicht statt. Folglich wird Lai auch weiterhin keine Freilassung auf Bewährung in den Hausarrest gewährt (vgl. BN v. 15.02.21).

Ebenfalls von dem Verschwörungsvorwurf betroffen ist der 29-jährige Rechtsanwaltsgehilfe Chan Tsz-wah, dessen Verhaftung am 15.02.21 erfolgte. Auch Chan, der die volle britische Staatsbürgerschaft besitzt, soll in Kooperation mit Lai, Li und anderen an Lis Fluchtversuch mitgewirkt haben. Zudem soll er sich zwischen dem 01.07.20 und dem 15.02.21 gemeinsam mit Lai, dessen Assistenten Mark Simon, Li, dem Aktivisten Finn Lau und anderen der geheimen Absprache mit ausländischen Kräften schuldig gemacht haben. Nach Simon sowie nach Lau, der seit 2019 in London lebt, fahndet die Hongkonger Polizei im Zusammenhang mit dem Fall.

## DR Kongo

### **UNICEF- Bericht zur Lage minderjährige Binnenvertriebene**

Das UN-Kinderhilfswerk UNICEF äußerte am 19.02.21 die ernsthafte Besorgnis über die Gesundheit, das Wohlergehen und die Zukunft von circa drei Millionen intern vertriebenen Kindern, die sich angesichts der verschiedenen Krisenlagen in den östlichen Landesteilen extremer Hungernot und Milizengewalt ausgesetzt sehen. Ganze Dörfer seien in Brand gesetzt und Gesundheitszentren sowie Schulen geplündert worden. Bei einer Serie von Angriffen seien ganze Familien zusammen mit ihren Kindern von schwer bewaffneten und mit Macheten ausgestatteten Kämpfern ermordet worden, so eine weitere Pressemitteilung von UNICEF vom selben Tag. Nach aktuellen UN-Angaben weist die DR Kongo mit 5,2 Mio. Binnenvertriebenen die höchste Zahl an Binnenvertriebenen nach der Arabischen Republik Syrien auf. Allein die Hälfte der Binnenvertriebenen seien in den letzten zwölf Monaten vertrieben worden. Familien, die zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen worden seien, fehlt es in überfüllten Lagern oder in verarmten Gastgemeinden an Zugang zu sauberem Wasser und Gesundheitsversorgung sowie anderen grundlegenden Versorgungsleistungen. Acht Millionen Menschen seien zudem in den Provinzen Ituri, North Kivu, South Kivu und Tanganyika von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen. Der am 19.02.21 veröffentlichte UNICEF-Bericht „Fear and Flight: An uprooted generation of children at risk in the DRC“ umfasst Zeugenaussagen von Kindern, die Opfer sexueller Gewalt, von Zwangsrekrutierungen und Einsätzen als Kindersoldaten sowie anderer gravierender Kinderrechtsverletzungen geworden seien. Dem neuen UNICEF-Bericht zufolge sei es im ersten Halbjahr 2020 im Vergleich zum Gesamtvorjahr 2019 zu einem gravierenden Anstieg dieser schweren Kinderrechtsverletzungen gekommen.

### **UNHCR: 2020 Rekordwert getöteter Zivilisten in den Provinzen Ituri, North Kivu, South Kivu**

UNHCR teilte in einer Erklärung vom 16.02.20 mit, dass im Jahr 2020 mindestens 2000 Zivilisten in den östlichen Provinzen Ituri, North Kivu und South Kivu getötet worden seien. Für die Übergriffe seien überwiegend bewaffnete Gruppen verantwortlich. (vgl. BN v. 15.02.21). Auch in Gastgemeinden oder Lagern untergebrachte Binnenvertriebene seien von Angriffen solcher Art betroffen, unter anderem aufgrund der Verdächtigung einer Zusammenarbeit mit den kongolesischen Regierungstruppen oder anderen bewaffneten Akteuren, so der Sprecher des Hochkommissariats, Babor Baloch. Manche Binnenvertriebenenlager befänden sich unmittelbar in den von verschiedenen bewaffneten Gruppen umkämpften Gebieten; Binnenvertriebene würden auch deshalb zufällig zwischen die Fronten geraten. Unter Berufung auf Berichte führt UNHCR weiter aus, dass bewaffnete Gruppen neben der gewaltsamen Besetzung von Schulen, der Unterbindung des Schulbetriebes sowie Angriffen auf Gesundheitszentren auch illegale Steuern eingeführt hätten.

Im Vergleich zur Vergangenheit zeigen die Militäroperationen der Regierungstruppen gegen bewaffnete Gruppen in den östlichen Landesteilen zwar immer mehr Erfolge, jedoch sehen sich die Regierungstruppen in Hinblick auf die von ihnen zurückeroberten Gebiete nicht dauerhaft imstande, die territoriale Gebietskontrolle zu halten. Dies

ermögliche den in den Gebieten operierenden bewaffneten Gruppen die Gebiete rückzuerobern und Gebietsgewalt auszuüben.

### **Pestausbruch in nordöstlichen Landesteilen**

Laut dem Gesundheitsminister der Provinz Ituri, Patrick Karamura, kostete ein vor drei Monaten in den nordöstlichen Landesteilen endemisch auftretender Pestausbruch bei bisher 520 bestätigten Fällen 31 Menschen das Leben.

Hinzu kommt, dass ein erneuter Ebola-Ausbruch die östlichen Landesteile ernsthaft bedroht. Medienberichten zufolge seien bei bisher sechs bestätigten Fällen vier Menschen an dem Ebola-Virus gestorben.

## **Indien**

### **Klimaaktivistin festgenommen**

Am 14.02.21 wurde die 22-jährige Mitbegründerin des indischen Ablegers der Klimaschutzbewegung Fridays for Future, Disha Ravi, in der indischen High-Tech-Metropole Bengaluru (Bangalore) im südlichen Bundesstaat Karnataka festgenommen und in Polizeigewahrsam nach Neu-Delhi gebracht.

Sie soll Kampagnenmaterial im Zusammenhang mit den Bauernprotesten bearbeitet und verbreitet haben. Wie auch anderen politisch aktiven Personen zuvor wird ihr Aufruhr vorgeworfen (vgl. BN v. 08.02.21).

Der Regierungschef des Hauptstadtterritoriums Arvind Kejriwal von der in Delhi regierenden fortschrittlicheren Aam-Aadmi-Partei (AAP) kritisierte das Vorgehen. Die Festnahme sei ein noch nie dagewesener Angriff auf die Demokratie. In mehreren Städten gab es deshalb Proteste.

### **Kaschmir: Militäroperation und Anschläge**

Am 18.02.21 wurden bei einer Operation von Sicherheitskräften im Distrikt Shopian drei Aufständische getötet.

Am 19.02.21 wurden in Srinagar zwei Sicherheitskräfte mutmaßlich von einem Rebellen erschossen. Bei einem weiteren Vorfall töteten Separatisten bei Beerwah einen Polizisten und verletzten einen anderen schwer.

### **Christlichen Dalits bleiben Wahlprivilegien verwehrt**

Nach Bestätigung der indischen Regierung profitieren Angehörige der niedrigsten Kasten (Dalits), die zum Christentum oder Islam konvertiert sind, bei Wahlen nicht von den für Minderheiten vorgesehenen Quoten. Das indische Wahlgesetz sieht für die über 200 Mio. Dalits und die ca. 100 Mio. zu den indigenen Gemeinschaften gehörenden Menschen eine festgelegte Anzahl an reservierten Sitzen vor. Nach Schätzungen sind mindestens zwei Drittel der in Indien lebenden Christen konvertierte Dalits, die nach Konversion zum Christentum auch nicht mehr von den für sozial Benachteiligte vorgesehenen staatlichen Förderprogrammen profitieren.

## **Irak**

### **NATO weitet Truppen im Irak aus**

Am 18.02.20 erklärte NATO Generalsekretär Jens Stoltenberg, dass die NATO ihre Truppe von 500 auf 4000 Soldaten verstärken wird, damit der IS in der Region nicht wieder an Stärke gewinnen kann.

### **Raketenangriff auf US-Stützpunkt**

Am 15.02.21 ist bei einem Raketenangriff auf einen Stützpunkt des US-Militärs in Erbil ein ziviler Mitarbeiter getötet worden. Fünf weitere Menschen wurden verletzt, darunter auch ein amerikanischer Soldat. Eine Gruppe mit dem Namen Aulijaa al-Dam (Blutwächter) bekannte sich zu dem Angriff, der sich gegen die amerikanische Besatzung richtete. Der amerikanische Verteidigungsminister sagte daraufhin, dass der Angriff zeige, dass eine weitere Präsenz in der Region von Bedeutung sei und begrüße die Entscheidung der NATO, die Präsenz der Truppen im Irak zu erhöhen.

Am Samstag, den 20.02.21 wurden vier Raketen auf den Luftstützpunkt Balad in der Provinz Salahaddin abgeschossen. Ein ziviler Mitarbeiter sei verletzt worden. Seit dem Tod des iranischen Generals Soleimani haben sich die Angriffe auf US-Stützpunkte vermehrt.

## **Pressefreiheit**

Die Journalisten Sherwan Serwani und Guhdar Zebari wurden am 16.02.21 zu einer Haft von sechs Jahren verurteilt. Die beiden Journalisten wurden im Oktober 2020 in der KRG festgenommen, nachdem sie die Proteste in Dohuk dokumentiert hatten. Man hatte ihnen vorgeworfen, den Staat zu destabilisieren.

## **IS im Irak**

Nach Angaben eines Peshmerga Kommandeurs vom 15.02.21 seien fast 100 militante IS-Anhänger aus Syrien in den Irak eingedrungen.

Ein irakischer Militärsprecher, warnte vor Gefahren durch den IS, insbesondere in den umstrittenen Gebieten, in denen weder irakische noch kurdische Truppen präsent seien.

Am 20.02.21 wurde berichtet, dass fünf IS-Mitglieder von der Iraq Security Forces (ISF) gemeinsam mit der Popular Mobilization Forces Hashd al Shaabi (PMF) getötet worden seien.

## **COVID-19-Pandemie**

Am 18.02.21 berichtete der irakische Gesundheitsminister, dass sich 50 % der neuen Infektionen auf die britische Mutation B.1.1.7 zurückgehen. In den letzten drei Tagen habe sich die Mutation weit verbreitet. Seit dem 18.02.21 gelten außerdem landesweit Ausgangssperren zwischen 20:00 Uhr und 05:00 Uhr früh an Wochentagen und von Freitag bis Sonntag ganztägig.

Am 20.02.21 hat der Iran mehrere Grenzübergänge zum Irak aus Sorge um die Verbreitung der britischen Mutation geschlossen.

## **Iran**

### **COVID-19-Pandemie**

Die britische Mutation des Coronavirus sei Medienberichten zufolge von Irak aus in die Provinz Khuzestan gelangt und habe sich in elf Städten ausgebreitet. Am 19.02.21 wurde die Schließung zweier Grenzübergänge zum Irak (Khazabeh und Shalamcheh), zunächst ab 20.02.21 für den Zeitraum von einer Woche, angekündigt.

### **Hinrichtungen**

Laut Meldungen verschiedener iranischer Medien im Ausland wurden am 17.02.21 im Raja'i Gefängnis in der Stadt Karaj (nordwestlich von Teheran) zwischen sieben und 17 Personen, darunter auch eine Frau, hingerichtet. Die Frau war wegen Mordes an ihrem Ehemann im Rahmen einer Qesas Strafe zum Tode verurteilt worden.

### **Tote in Haftanstalten**

Berichten iranischer Auslandsmedien zufolge kamen zwei Männer in Haftanstalten des Landes ums Leben. Es handelte es sich um einen am 01.02.21 in Teheran festgenommenen 20-jährigen Angehörigen der kurdischen Minderheit und einen 2018 verhafteten Gonabadi-Derwisch. Der Kurde befand sich in der Shapur Haftanstalt der Kriminalpolizei und wurde bereits am 03.02.21 tot in ein Krankenhaus gebracht. Als offizielle Todesursache wurde ein Herzinfarkt angegeben, allerdings wies der Leichnam Folterspuren auf. Der Derwisch wurde Medienberichten zufolge nach der Verabreichung von Tabletten im Evin-Gefängnis und einer Verbringung ins Krankenhaus am 21.02.21 für tot erklärt. Laut der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) wurde der Mann im Februar 2018 während einer Demonstration gegen die Belagerung des Hauses des geistlichen Führers der Gonabadi-Derwische in Teheran verhaftet und anschließend zu zwei Jahren Haft verurteilt.

### **Frauenrechte: Haftstrafen gegen Aktivistinnen**

Laut der Menschenrechtsorganisation HRNA wurde eine Frauenrechtsaktivistin zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr (inzwischen umgewandelt in eine fünfjährige Bewährungsstrafe) und einer Geldstrafe verurteilt. Die Anklage lautete „Propaganda gegen das System“. Außerdem wurden zwei Frauenrechtsaktivistinnen wegen „Zusammenarbeit mit einem feindlichen Staat“ zu Haftstrafen von jeweils sieben und acht Jahren und dem Entzug nicht näher definierter gesellschaftlicher Rechte verurteilt. Gegen eine der beiden Frauen, die als Anwältin bei der Teheraner Staatsanwaltschaft tätig war, wurde zudem ein Berufsverbot ausgesprochen. Das Urteil wurde bereits am 13.02.21 von einem Berufungsgericht bestätigt.

## **Eherecht**

Die Nationaltrainerin der iranischen Alpin-Ski-Läuferinnen konnte Medienberichten zufolge am 17.02.21 nicht nach Italien zur Ski-Weltmeisterschaft reisen, nachdem ihr Ehemann dies verboten hatte. Nach iranischen Gesetzen ist der Ehemann befugt die alleinige Ausreise der Ehefrau zu verbieten. Auch über Formalitäten, wie z.B. die Beantragung eines Reisepasses oder Visa für die Ehefrau, entscheidet der Ehemann. Ausnahmen hiervon können nur in einem gesonderten Ehevertrag getroffen werden.

## **Libyen**

### **Verletzte und Tote bei Angriff auf Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Revolution**

Bei einem Angriff auf die Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Revolution wurden am 17.02.21 in der südlibyschen Stadt Sabha ein Kind getötet und 29 Personen verletzt. Sowohl die Unterstüzungsmision der Vereinten Nationen in Libyen (UNSMIL) wie auch das in Tobruk ansässige Abgeordnetenhaus (House of Representatives, HoR) verurteilten den Angriff auf Zivilisten und forderten eine schnelle Aufklärung.

### **Innenminister der GNA überlebt Attentat**

Am 21.02.21 überlebte der Innenminister der Regierung der Nationalen Einheit (GNA), Fathi Bashagha, ein Attentat im Westen von Tripolis. Mehrere Unbekannte hatten aus einem bewaffneten Fahrzeug heraus das Feuer auf die Autokolonne des Innenministers eröffnet. Bashagha blieb unverletzt. Die Polizeieskorte des Innenministers erwiderte das Feuer und tötet einen der Angreifer, zwei weitere wurden verhaftet.

## **Mali**

### **Soldaten bei mehreren Angriffen getötet**

Am 10.02.21 kam es zu einem Angriff auf einen Militärstützpunkt der UN-Friedensmission MINUSMA in Kéréna, in der Nähe von Douentza in Zentralmali. Ein Soldat wurde dabei getötet und 27 Soldaten aus Togo wurden verletzt. Bisher hat sich niemand zu dem Angriff bekannt.

Am 03.02.21 sollen neun malische Soldaten getötet und sechs verletzt worden sein, als sie in der Nähe des Dorfes Boni (Region Mopti) angegriffen worden waren. Die Region Mopti in Zentralmali ist zu einem Zentrum der Angriffe von mutmaßlichen dschihadistischen Gruppen geworden.

## **Moldau**

### **COVID-19-Pandemie: Impfkampagne verschoben**

Laut Moldaus Staatspräsidentin Maia Sandu muss der Start der geplanten Impfkampagne verschoben werden. Die bestellten Dosen sollen erst Ende Februar eintreffen, zugleich verzögert sich auch die Lieferung von 200.000 gespendeten Impfdosen durch das Nachbarland Rumänien. Angesichts der weiter angespannten Pandemielage wurde der öffentliche Gesundheitsnotstand bis 15.04.21 verlängert. Insbesondere in der Hauptstadt Chişinău ist die Auslastung der Krankenhauskapazitäten laut Behördenangaben am Limit.

## **Mongolei**

### **COVID-19-Pandemie: Geplanter Impfstart am 23.02.21**

Gesundheitsminister S. Enkhboldhas kündigte den Start der mongolischen Impfkampagne gegen das Coronavirus für den 23.02.21 an. An diesem Tag sollen auch die seit dem 11.02.21 landesweit geltenden strengen Lockdown-Maßnahmen aufgehoben werden (vgl. BN 15.02.21). Geplant ist Premierminister L. Oyun-Erdene zufolge die Impfung von 60 % der 3,3 Mio. Menschen zählenden Bevölkerung. Über die Plattform COVAX erhält das Land Unterstützung in der Form von rund 189.000 Dosen verschiedener Hersteller. In der Mongolei wurden bisher 2.693 COVID-19-Infektionen bekannt, davon 1.852 in der Hauptstadt Ulan Bator (Ulaanbaatar). Mongolischen Quellen zufolge starben fünf Menschen an COVID-19, die WHO meldet zwei bestätigte Todesfälle.

## Myanmar

### Proteste dauern an, weitere Tote bei Demonstrationen

Am 15.02.21 kündigte die Militärjunta Haftstrafen von zwischen drei und sieben Jahren für das Schüren von Hass gegen das Militär und von bis zu 20 Jahren für die Behinderung von Sicherheitskräften an. Trotzdem fanden sich am 17.02.21 landesweit mehr als hunderttausend Menschen zu den bis dahin größten Protestaktionen zusammen. In Yangon (Rangun) brachten Demonstrierende den Verkehr im Zentrum mittels inszenierter Autopannen zeitweise fast zum Erliegen. Am 20.02.21 sollen bei einer Kundgebung zur Unterstützung streikender Werftarbeiter in Mandalay mindestens zwei Demonstrierende durch Schüsse von Sicherheitskräften getötet worden sein. Zur Anzahl der Verletzten werden unterschiedliche Angaben von mindestens sechs bis mindestens 20 Personen gemacht. Als erstes offiziell bestätigtes Todesopfer der Proteste gegen den Militärputsch wurde am 19.02.21 die 20-jährige Mya Thwe Khaing gemeldet. Sie wurde am 09.02.21 bei einer Demonstration in der Hauptstadt Naypidaw von einer Kugel in den Kopf getroffen und Medienberichten zufolge bereits am 12.02.21 für hirntot erklärt (vgl. BN v. 15.02.21). Als Reaktion auf das Vorgehen der Einsatzkräfte kam es am 21.02.21 in Yangon und Mandalay erneut zu Protestaktionen mit Tausenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Angesichts der geplanten Massenproteste hatte der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte in Myanmar Tom Andrews am 16.02.21 vor einer gewaltsamen Niederschlagung des Widerstands gewarnt. Ein Anzeichen hierfür sei die Verlegung von Truppen aus entlegenen Regionen nach Yangon.

### Neue Klage gegen Aung San Suu Kyi

Gegen Aung San Suu Kyi, die sich nach wie vor im Hausarrest befinden soll, reichte die Militärführung eine zweite Klage ein. Suu Kyis Anwalt Khin Maung Zaw zufolge werden der entmachteten Regierungschefin neben Verstößen gegen Import-Export-Gesetze (vgl. BN v. 08.02.21) nun auch Verstöße gegen das myanmarische Katastrophenschutzgesetz vorgeworfen. Konkret soll es dabei um die Nichteinhaltung von Corona-Maßnahmen gehen. Einer Anhörung Suu Kyis am 16.02.21 durch einen Richter per Videotelefonat durfte ihr Verteidiger nach eigenen Angaben nicht beiwohnen. Der nächste Verhandlungstermin ist auf den 01.03.21 angesetzt.

## Nicaragua

### Amnesty International: Repressionen gegen Regierungsgegner

Laut einem von ai am 15.02.21 veröffentlichten Bericht, werden Regierungsgegner seit den Demonstrationen gegen Reformen des Sozialwesens vom April 2018 weiterhin Ziel staatlicher Maßnahmen. Es komme zu willkürlichen Inhaftierungen und Verurteilungen aufgrund politisch motivierter vorgeschobener Beschuldigungen. Die Menschenrechtsorganisation geht von mehr als 100 Inhaftierten zum Ende November 2020 aus, die Misshandlungen und Schikanen ausgesetzt seien. Menschenrechtsaktivisten, Journalisten und aus der Haft entlassene Regierungskritiker seien systematischen Schikanen ausgesetzt. Das von der Partei Präsident Daniel Ortega, Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN), kontrollierte Parlament habe in der zweiten Jahreshälfte 2020 mehrere Gesetze verabschiedet, die Menschenrechte stark einschränkten (vgl. BN v. 19.10.20, 02.11.20, 11.01.21).

## Niger

### Stichwahl im Niger

Am 21.02.21 fand die Stichwahl zur Wahl des neuen Präsidenten statt. Tausende Soldaten waren im Einsatz, um vor allem in den Gebieten mit hoher Unsicherheit einen sicheren Verlauf des Urnengangs zu garantieren. Dennoch starben sieben Vertreter der Wahlbehörde am Tag der Stichwahl, als ihr Wagen in der westlichen Region Tillaberi nahe der Grenze zu Mali auf eine Mine fuhr. Bei dem Vorfall seien außerdem drei Menschen verletzt worden, hieß es von den Behörden. Die Wahllokalleiter, die von der Unabhängigen Nationalen Wahlkommission (CENI) bestimmt wurden, sollten die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen im Niger überwachen.

Amtsinhaber Mahamadou Issoufou trat nach zwei Mandaten verfassungsgemäß nicht mehr an. Erstmals seit der Unabhängigkeit des Sahel-Staates von Frankreich 1960 soll ein Machtwechsel zwischen zwei Staatschefs gelingen,



die aus demokratischen Wahlen hervorgingen. Die besten Chancen hat Issoufous enger Vertrauter Mohamed Bazoum, der für die Regierungspartei Parti nigérien pour la démocratie et le socialisme (PNDS) kandidiert. Er erhielt im ersten Wahldurchgang (am 27.12.2020) 39,33 % der Stimmen. Der 60-jährige ehemalige Innenminister sicherte sich für die Stichwahl die Unterstützung der dritt- und viertplatzierten Kandidaten. Sein Stichwahl-Kontrahent Mahamane Ousmane kam auf 16,99 %. Der 71-jährige war bereits 1993 zum Präsidenten gewählt, 1996 jedoch durch einen Putsch gestürzt worden.

## **Nigeria**

### **Schwierigkeiten und Erfolge von Anti-FGM-Kampagnen**

Anlässlich des diesjährigen Internationalen Tag der Nulltoleranz gegenüber weiblicher Genitalverstümmelung am 06.02.21 hat sich die Geschäftsführerin der Safehaven Development Initiative (SDI), einer Nichtregierungsorganisation (NGO) mit Sitz in den nigerianischen Städten Lagos und Calabar, in nationalen Medien zu Nöten und Erfolgen ihrer Organisation beim Kampf gegen die Praxis der weiblichen Genitalverstümmelung geäußert. Als großes Problem sehe die NGO die Weigerung der nigerianischen Regierung an, sich an der Finanzierung ihrer Arbeit zu beteiligen. Das Gros der Ausgaben müsse mit Spendengeldern bestritten werden. Nach jüngeren Erfolgen ihrer NGO beim Kampf gegen die FGM-Praxis in Nigeria gefragt, nannte die Geschäftsführerin positive Beispiele für erfreuliche Entwicklungen, z.B. die öffentliche Erklärung von 13 Gemeinden im Bundesstaat River State, die dort bisher gängige Beschneidungspraxis zu beenden.

### **Wieder Entführung von Schulkindern**

Am 17.02.21 haben Bewaffnete erneut eine größere Anzahl von Schüler verschleppt. Nach inoffiziellen Angaben aus Regierungskreisen wurden bei der Tat im zentralen Bundesstaat Niger 29 Schüler, zwölf Angehörige und drei Lehrkräfte entführt. Ein Schüler sei dabei ums Leben gekommen. Uniformierte Angreifer mit Sturmgewehren seien in das Gebäude des Wissenschaftskollegs der staatlichen Schule in der Stadt Kagara eingedrungen. Bei den verschleppten Schülern soll es sich um Heranwachsende im Teenager-Alter handeln. Die Identität der Kidnapper und weitere Hintergründe der Tat blieben zunächst unklar. Nigerias Präsident Muhammadu Buhari ordnete kurz nach Bekanntwerden der Tat die Entsendung von Militär- und Polizeieinheiten an. Anwohner berichteten vom Eintreffen mehrerer Transporter mit Soldaten. Erst am 11.12.20 waren über 300 Schüler aus einem Internat im Bundesstaat Katsina in Nordnigeria gekidnappt worden. Sechs Tage später hatte das nigerianische Staatsfernsehen deren Freilassung gemeldet (vgl. BN v. 21.12.20). Am 20.12.20 hatten Sicherheitskräfte die Entführung von rund 80 Schülern einer Koranschule im selben Bundesstaat verhindern können (vgl. BN v. 11.01.21). Die islamistische Gruppe Boko Haram, die von dieser abgespaltene Organisation Islamic State West Africa Province (ISWAP) und andere bewaffnete Gruppen verüben vor allem im Norden Nigerias seit Jahren Verbrechen gegen die Bevölkerung.

## **Ruanda**

### **COVID-19-Pandemie**

Medienberichten zufolge startete Ruanda vergangene Woche mit den Impfungen gegen das COVID-19 Virus. Zunächst sollen Angehörige von Hochrisikogruppen und Beschäftigte im Gesundheitswesen, vor alle jene mit direktem Patientenkontakt, geimpft werden. Dem Gesundheitsministerium zufolge erhielt das Land die Impfdosen in limitierter Anzahl von internationalen Partnern.

Weiterhin wird berichtet, dass das Kabinett am vergangenen Freitag verschiedene Entscheidungen zur Lockerungen der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie getroffen habe. So sollen Restaurants in Ruanda nun wieder die Erlaubnis haben, bis zu 30 % Ihrer Sitzplatzkapazität für Gäste zu öffnen. Weiterhin sei eine zeitliche Reduzierung der Ausgangssperre um eine Stunde vorgesehen und eine um eine Stunde verlängerte Öffnungszeit für Geschäfte im Allgemeinen. Die beschlossenen Regelungen treten am 23.02.21 in Kraft und sind zunächst bis zum 15.03.21 befristet.

## **Ruanda / Südafrika**

### **Ermordung von Seif Bamporiki**

Mehrere Medien berichten, dass am 21.02.21 der Oppositionspolitiker und Koordinator der oppositionellen Exilorganisation Rwanda National Congress (RNC), Seif Bamporiki, in Cape Town (Südafrika) erschossen wurde. Hintergründe der Tat wurden zunächst nicht bekannt.

## **Russische Föderation**

### **Straflager-Urteil gegen Nawalny bestätigt**

Der russische Oppositionelle und schärfste Kritiker von Präsident Putin, Alexej Nawalny, muss eine mehrjährige Haftstrafe im Straflager antreten. Seine Anwälte scheiterten vor einem Gericht in Moskau mit dem Versuch, ein am 02.02.21 verhängtes Urteil aufzuheben. Das Urteil von dreieinhalb Jahren Straflager bleibt damit bestehen. Nach Anrechnung von Hausarresten und Haftzeiten verbleiben zweieinhalb Jahre Straflager.

Auch international sorgt das Urteil weiter für heftige Kritik. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte forderte Russland am 17.02.21 auf, Nawalny unverzüglich aus der Haft zu entlassen. Moskau wies die Forderung als Einmischung in innere Angelegenheiten Russlands zurück. Der Oppositionspolitiker könnte schon in den kommenden Tagen in ein Straflager überstellt werden.

### **19 Mitglieder einer Terrorgruppe verhaftet**

Der russische Inlandsgeheimdienst FSB teilte am 17.02.21 mit, er habe 19 Mitglieder einer Gruppe, die angeblich Anschläge im Nordkaukasus geplant hatte, festgenommen. Seit Anfang Februar habe es eine konzertierte Suchaktion des FSB in den Regionen Rostow, Krasnodar, Karatschai-Tscherkessien und auf der russisch kontrollierten ukrainischen Schwarzmeerregion Krim gegeben. Nach Angaben des FSB wurden Waffen, Munition, Sprengstoff und extremistische Literatur im Besitz der festgenommenen Verdächtigen gefunden. Die Inhaftierten würden der Organisation und Beteiligung an den Aktivitäten einer extremistischen Gruppe angeklagt. Es handele sich bei den Festgenommenen um Mitglieder einer islamistischen Gruppe namens Takfir wal-Hijra.

## **Simbabwe**

### **COVID-19: Start der Impfkampagne**

Am 15.02.21 trafen die ersten 200.000 Dosen eines von China gespendeten Impfstoffes ein. Simbabwe hat weitere 600.000 Dosen des Impfstoffes bestellt, die im März 2021 geliefert werden sollen. Anlässlich des Beginns der Impfkampagne am 18.02.21 ließ sich Vizepräsident Constantino Chiwenga öffentlich die erste Dosis verabreichen. Ein landesweiter Lockdown, der seit sechs Wochen galt, wurde am 15.02.21 um zwei weitere Wochen verlängert. Während des Lockdowns sollen die Neuinfektionen bisher um 90 % zurückgegangen sein. Inzwischen soll über 60 % der neu festgestellten Infektionen die zuerst in Südafrika entdeckte Virus-Variante „501.YV2“ verantwortlich sein.

## **Somalia**

### **Gewaltsamer Protest in Mogadischu**

Bei einem von der politischen Opposition am 19.02.21 organisierten Protest in Mogadischu, der die verzögerten Wahlen kritisierte, fielen Schüsse zwischen Sicherheitskräften und bewaffneten Oppositionsanhängern. Berichten zufolge wurden fünf Soldaten getötet und mehr als ein Dutzend Personen, meist Zivilisten, verletzt. Darüber hinaus wurde eine Explosion auf dem Flughafen in Mogadischu gemeldet.

## Syrien

### Zwei Tote bei Schmuggelversuch über Grenze mit Jordanien

Das jordanische Militär gab bekannt, am 19.02.21 mehrere Drogenschmuggler beim Grenzübertritt aus Syrien gestellt zu haben. Zwei der Personen aus Syrien seien bei der folgenden Auseinandersetzung getötet, eine dritte verhaftet worden. Die übrigen hätten sich nach Syrien zurückziehen können. Die jordanischen Behörden beschlagnahmten eine Lieferung Haschisch und auf Fenetyllin basierte Amphetamine.

## Syrien / Israel

### Gefangenenaustausch gegen zusätzliche Vakzine

Das Büro des israelischen Ministerpräsidenten bestätigte am 19.02.21 einen Vorfall, über den zuvor in syrischen Medien berichtet worden war: Eine junge Frau aus Israel sei über den Golan in syrisches Territorium gelangt und dort unmittelbar von syrischen Sicherheitskräften aufgegriffen worden. Die Zivilistin sei den israelischen Behörden bekannt und habe schon mehrmals versucht, unerlaubterweise die Grenzen zu Israels Nachbarländern zu überqueren.

Unter russischer Vermittlung wurde die Frau nach Moskau ausgeflogen, wo sie von einer israelischen Delegation entgegengenommen wurde. Im Gegenzug sollen von Israel zwei Schafshirten aus Syrien freigelassen worden sein und über den Landweg nach Syrien zurückgekehrt sein.

Am 21.02.21 berichteten israelische Medien über ein weiteres Detail des mutmaßlichen Deals. Demnach soll Israel auch für die Kosten einer großen Lieferung des Impfstoffes für Syrien aufgekommen sein. Syrische Staatsmedien bestreiten diese Darstellung.

## Türkei

### Zahlreiche Festnahmen

Nach Medienberichten nahm die Polizei am 15.02.21 bei landesweiten Razzien in 40 Provinzen über 700 Menschen wegen mutmaßlicher Kontakte zur verbotenen PKK fest, dabei seien auch zahlreiche Waffen, Dokumente und Dateien sichergestellt worden. Laut Angaben des türkischen Innenministeriums seien unter den Festgenommenen auch führende Vertreter der pro-kurdischen HDP.

Die türkische Regierung hatte der PKK am Vortag vorgeworfen, 13 im Nordirak gefangen gehaltene entführte Türken hingerichtet zu haben. Die PKK wies dies zurück und erklärte, türkische Luftangriffe hätten deren Tod verursacht (vgl. BN v. 15.02.21).

### Berufungsgericht bestätigt Urteil gegen Parlamentsabgeordneten

Das höchste Berufungsgericht bestätigte am 19.02.21 ein Urteil gegen den HDP-Abgeordneten Ömer Faruk Gergerlioğlu. Zwei Parlamentsmitglieder der HDP hatten bereits im Vorjahr ihr Mandat verloren, nachdem auch sie wegen des Vorwurfs des Terrorismus verurteilt wurden.

## Uganda

### Entführungen und Verhaftungen durch staatliche Sicherheitskräfte

Nach der Wiederwahl Musevenis zum Präsidenten am 14.01.21 (vgl. BN v. 18.01.21) kommt es im Land immer wieder zu Festnahmen, Entführungen und gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Zivilisten. Oppositionsführer Bobi Wine wirft der Regierung vor, 243 Personen entführt zu haben. Museveni wies die Anschuldigungen zurück, räumte jedoch ein, sicherheitsgefährdende Personen verhaften oder töten zu lassen. Laut Museveni seien seit November 2020 318 Personen festgenommen worden. Augenzeugen berichten von mutmaßlichen Verhaftungen und Entführungen durch bewaffnete Gruppen.

## **Internetbeschränkungen**

Mit der Präsidentschaftswahl ging eine massive Beschränkung der Social-Media-Kanäle einher mit einem vollständigen Netzausfall am Vortag der Wahl. Die Maßnahme sollte die Organisation von Protesten der Opposition verhindern. Die Beschränkungen wurden mit Ausnahme von Facebook am 10.02.21 wieder aufgehoben.

## **Venezuela**

### **NRO-Mitarbeiter freigelassen**

Medienberichten zufolge sind fünf Beschäftigte der humanitären Organisation Azul Positivo nach einmonatiger Untersuchungshaft vorläufig wieder auf freiem Fuß. Die Männer waren am 12.01.21 in Maracaibo von Angehörigen der militärischen Spionageabwehr festgenommen worden. Ihnen werden Wirtschaftsdelikte und die Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Internationale Beobachter gehen von einer politisch motivierten Strafverfolgung vor dem Hintergrund wachsender staatlicher Repression gegen die Zivilgesellschaft aus. Azul Positivo ist eine Partnerorganisation der Vereinten Nationen und engagiert sich vor allem in der Prävention und Behandlung sexuell übertragbarer Krankheiten.

## **Weißrussland**

### **Journalistinnen zu Haftstrafen verurteilt**

Zwei weißrussische Journalistinnen, die für einen weißrussischsprachigen polnischen Nachrichtensender gearbeitet hatten und im November 2020 beim Filmen einer Protestkundgebung gegen Präsident Lukaschenko festgenommen worden waren, wurden am 18.02.21 von einem Gericht in Minsk zu je zwei Jahren Haft verurteilt. Das Gericht befand die Frauen der Anstiftung zur Beteiligung an einer Massenveranstaltung und der Organisation von Gruppenaktionen, die grob gegen die öffentliche Ordnung verstoßen, schuldig. Am Wochenende fanden kleinere Protestaktionen gegen den Präsidenten statt. Die regelmäßigen Protestkundgebungen gegen den Präsidenten dauern damit bereits seit August 2020 an.

## **Zentralafrikanische Republik**

### **UN-Generalsekretär fordert MINUSCA-Aufstockung**

Antonio Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN), empfiehlt einer Agenturmeldung zufolge in einem Bericht 2.750 zusätzliche Soldaten und 940 zusätzliche Polizeikräfte für die Mission Multidimensionelle Intégrée des Nations Unies pour la Stabilisation en République Centrafricaine (MINUSCA). Eine Anpassung des Mandats der Stabilisierungsmission auf damit bis zu 14.400 militärisches Personal und 3.200 Polizeikräfte müsste vom UN-Sicherheitsrat angenommen werden. Die zusätzlichen Kapazitäten sollten nicht als ein Mittel zur militärischen Lösung der aktuellen Situation und auch nicht als Ersatz für die primäre Verantwortung der nationalen Behörden, den Friedensprozess voranzutreiben und die Bevölkerung zu schützen, dienen. Bei den zentralafrikanischen Sicherheitskräften sei es angesichts der Gewalt von bewaffneten Gruppen während der Wahlen vom 27.12.20 (vgl. BN v. 11.01.21) zu Desertierungen gekommen.

### **Rekrutierung von Kindersoldaten**

Im Zuge der Gewalt bei den Wahlen vom 27.12.20 sollen bewaffnete Gruppierungen nahezu 3.000 Kinder rekrutiert haben, wie Angestellte von Hilfsorganisationen einem Agenturbericht zufolge schätzen. Es bestehe die Gefahr weiterer Rekrutierungen. Häufig würden dafür lediglich 30 USD reichen. Besonders gefährdet seien Kinder, die durch die massive Vertreibung (vgl. BN v. 01.02.21) von ihren Eltern getrennt worden sind. Kinder werden von den bewaffneten Gruppierungen als Kämpfer, aber auch etwa als Köche verwendet und zudem sexueller Ausbeutung ausgesetzt.

